

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/23

Bonn, den 3. Februar 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Verpflichtung zu Europa</u> Eine beachtenswerte Initiative europäischer Sozialdemokraten	42
2 - 2a	<u>Frankreichs Sozialisten suchen neue Wege</u> Nach dem Ausserordentlichen Parteitag der SFIO Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	94
3 - 5	<u>Schrittmacher Hessen</u> Förderstufe - ein gelungenes Experiment Von Hety Schmitt-Kass	127
5	<u>Dickes Peil</u> Krüger und Allardt	28
6	<u>ALEXIS KYROU</u> Der neue griechische Botschafter in Bonn	33

Chefredakteur Günter Markscheffel

Verpflichtung zu Europa

Eine beachtenswerte Initiative europäischer Sozialdemokraten

sp - Die Brüsseler Klausurtagung des Verbindungsbüros der sechs sozialdemokratischen Parteien der EWG-Staaten hat, fußend auf dem gemeinsamen Aktionsprogramm, sich vorgenommen, im Laufe dieses Jahres durch gezielte Aktionen den Europagedanken zu popularisieren, ihn stärker ins Bewußtsein der europäischen Völker zu bringen. Diese Initiative kommt zur rechten Zeit. Die Kräfte, die zur Einigung Europas - das ganzen freien Europas - drängen - bedürfen der Ermunterung und des Auftriebs. Das Einigungswerk kann allein nicht den Regierungen und den von ihnen gebildeten Apparaten überlassen bleiben. Europa ist keine Angelegenheit der Nur-Experten. Sie laufen Gefahr, sich in einer Fülle von Einzelheiten zu verlieren; auch große, zukunftsweisende Gedanken können zerredet werden.

Die größten Schwierigkeiten auf dem Wege zu einem einheitlichen Europa bereitet sich die Europäer selbst. De Gaulles Politik widerspricht dem Geist der Römischen Verträge, der Grundlage der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Es hat aber nicht viel Sinn, nun vor die Klagemauer zu treten oder auf eine mögliche Sinnesänderung des französischen Staatsoberhauptes zu hoffen. Es gibt auch Überkluge, die meinen, der Passivität das Wort reden zu müssen, weil sich keine Veränderung bewirken lasse. Die solchen Rat geben, drehen sich im Kreise, sind ideenlos, sie haben im Grunde genommen den Glauben an ein größeres von einheitlichen Willensströmen geleitetes Europa verloren.

Für die freien europäischen Völker ist die Erreichung des Zieles der europäischen Einheit eine Lebens- und Existenzfrage. Es gilt, den Willen der Völker zu mobilisieren, die bestehenden Gemeinschaftsorgane zu stärken, auf daß sie sein können, was sie nach einem Wort von Herbert Wehner sein müßten: Eine in der Solidarität des Westens verbundene und diese westliche Solidarität unermüdlich fördernde vereinigende Kraft. Sie allein ist in der Lage, in partnerschaftlichen Verbindungen mit den mächtigen Vereinigten Staaten Amerikas einer unruhigen Welt den Kompaß zur Friedenserhaltung und Einheitssicherung zu geben. Diese Vision schwebte dem ermordeten John F. Kennedy vor, prägte seiner auf das Weltganze gerichteten Politik den Stempel auf.

Manche Europäer, darunter Politiker von hohem Grade, haben sich der Strahlungskraft dieser Vision verschlossen, sie glauben, sie könnten in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts mit den Methoden, Zielsetzungen und Denkkategorien des vergangenen Jahrhunderts auskommen. Sie dieses Irrtums zu überführen ist Sache der Völker; den Willen dieser Völker wachzurufen, ihn auf das große Ziel hinzulenken, dazu haben sich die sozialdemokratischen Parteien Europas verpflichtet. Die deutsche Sozialdemokratie wird ihre Verpflichtung ernst nehmen.

Frankreichs Sozialisten suchen neue Wege

Nach dem Ausserordentlichen Parteitag der SFIO

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Ein in jeder Beziehung ausserordentlicher Kongreß der Sozialistischen Partei Frankreichs (SFIO) scheint seit dem Wochenende ein neues Blatt in der Geschichte dieser Partei aufzuschlagen, die zu den Grundpfeilern der 3. und 4. Republik gehörte, und heute im Zentrum der demokratischen Opposition steht. Vielleicht deutet sich damit überhaupt ein neues Kapitel in der französischen Politik an.

Ein einziger Tagesordnungspunkt beherrschte den Parteitag: Soll ein Sozialist Kandidat für die bevorstehenden Neuwahlen zum französischen Staatspräsidenten sein? Nebenfragen: Mit welchem Programm, mit welcher Haltung zur gegenwärtigen gaullistischen Verfassung, mit welcher Innen- und Aussenpolitik? Daß der sozialistische Kandidat Gaston Defferre sein würde, stand von vornherein fest. Heiß umstritten waren aber die politischen Bedingungen und Umstände.

Die SFIO und de Gaulles Verfassung

Im Grunde genommen ging es bei dieser ganzen Debatte um das Verhältnis der SFIO zur gegenwärtigen Verfassung der 5. Republik. Als General de Gaulle nach seiner Rückkehr zur Macht im Jahre 1958 eine neue Verfassung ausarbeiten ließ, war die Meinung innerhalb der Sozialistischen Partei geteilt. Die einen wehrten sich gegen die Abschaffung der alten Verfassung der 4. Republik, die anderen waren geneigt, den neuen Gegebenheiten Rechnung zu tragen.

Schließlich wurde im sogenannten Verfassungsausschuß, in dem auch Vertreter der alten demokratischen Parteien saßen, die ursprünglichen autoritären Vorschläge der Gaullisten abgerundet oder abgelehnt und eine Reihe von demokratischen Garantien durchgesetzt, so daß die neue Verfassung schließlich von der großen Mehrheit des französischen Volkes gebilligt wurde.

Dann kamen die praktischen Durchführungsbestimmungen de Gaulles, seine besondere Auslegung der Verfassung und schließlich die Revision, die Durchsetzung der Volkswahl des Präsidenten mit erhöhten Vollmachten und weiterer Zurückdrängung des Parlaments. Diesmal waren die Sozialisten einstimmig gegen die Revision, die aber trotzdem mit relativer Mehrheit durchgesetzt wurde.

Nun ergab sich die Frage, ob die französischen Sozialisten und Demokraten sich auf den Boden der neuen Verfassung stellen oder diese weiterhin als provisorischen Zustand betrachten, der mit der Person de Gaulles verschwindet. Die SFIO konnte sich bis jetzt nicht entscheiden. Der letzte Parteitag im Juli 1963 verschob die Debatte, die nun auf dem ausserordentlichen Parteitag nachgeholt wurde.

Defferres Kandidatur

In Erwartung der Neuwahl des Staatspräsidenten - de Gaulles Mandat läuft 1965 ab, der General kann die Wahl aber jederzeit vorverlegen - entschlossen sich eine Reihe von parteilosen Liberalen in der großen Wochenzeitung "Express" de Gaulles Gegenkandidaten und möglichen Nachfolger zu präsentieren, vorerst als mysteriöser "Monsieur X".

Bald stellte sich heraus, daß damit Gaston Defferre gemeint war. Als populärer Bürgermeister der größten Stadt Frankreichs nach Paris

und Vorsitzender der sozialistischen Parlamentsfraktion hat er in der Tat große Chancen im ganzen Land.

Zuerst aber mußte Defferre die Zustimmung seiner eigenen Partei haben. Er hat sie am Sonntag einstimmig nach heisser Debatte bekommen, in der man zuweilen befürchten konnte, daß die SFIO ihre Einheit einbüßt. Auf dem Spiel standen aber nicht nur Defferres Kandidatur und Mollets Amt als Generalsekretär der Partei, sondern überhaupt das Früstige der demokratischen Sozialisten Frankreichs. Defferre kann mit genügender Bewegungsfreiheit und trotzdem in vollem Einklang mit seiner Partei sein Reformprogramm entwickeln und ab jetzt Punkt für Punkt als Präsidentschaftskandidat der demokratischen Opposition dem gegenwärtigen Regime entgegentreten.

Defferres Programm

Defferres Konzept bedeutet keine Rückkehr zur 3. und 4. Republik, sondern liegt auf dem Wege zu einer erneuerten sozialen Demokratie. Die Gewerkschaften und andere Berufsorganisationen sollen nicht mehr ignoriert, sondern zur aktiven Mitarbeit herangezogen werden; auf weit-schauende Planung in allen Bereichen des öffentlichen Lebens wird besonderer Wert gelegt. Andererseits aber will Defferre die politisch führende Rolle des Präsidenten der Republik beibehalten; der Präsident soll kein bloßer Repräsentant sein, wie er es in der 3. und 4. Republik war, er soll vielmehr in seiner Stellung einem amerikanischen Präsidenten ähneln. Dabei entwickelt Defferre schon jetzt ein betont europäisches Programm mit wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Zielsetzungen für die Jahre 1965 bis 1980.

Mollets Warnungen

Mollet und seine Freunde warnten im Laufe des Kongresses vor der autoritären Gefahr, vor einem "Gaullismus ohne de Gaulle". Sie glauben, daß nach de Gaulles Verschwinden in Frankreich revolutionäre Kräfte ausgelöst werden, mit denen man jetzt schon rechnen und auf die man vorbereitet sein müsse, wenn man im Zeitpunkt der dramatischen Ablösung das Feld nicht den Kommunisten überlassen will. - Während Defferre den Wahlkampf 1964/65 sehr ernst nimmt und jetzt bereits ein konkretes Programm für die nächsten Jahre aufstellt, betont Mollet die Notwendigkeit einer aktiven Vorbereitung auf den Sturz der "gaullistischen Monarchie" und eine gründliche Erneuerung der französischen Zustände.

* * *

sp - Die SFIO hat mit ihrer Entscheidung den Versuch eingeleitet, dem von de Gaulle seit 1958 systematisch betriebenen Prozeß der Entdemokratisierung des öffentlichen Lebens ein Ende zu setzen. Das ist - wenn man hierbei berücksichtigt, daß es in Frankreich eine starke kommunistische Partei gibt und daß die nichtkommunistische demokratische Mitte noch nicht endgültig Stellung zu de Gaulle bezogen hat - eine sehr schwierige Aufgabe. Die bei dem vom Parteitag bestätigten Präsidentschaftskandidaten Defferre angeklungenen Tendenzen, auch er wolle ein "unabhängiges Frankreich" im Rahmen der westlichen Gemeinschaft, entsprechen sicher einer Grundstimmung der französischen Bevölkerung. Im wesentlichen wird es wohl jetzt darauf ankommen, daß die SFIO und ihr Präsidentschaftskandidat Defferre möglichst klare Zielvorstellungen entwickeln, die geeignet sein können, das nationalstaatliche Konzept de Gaulles in eine realistische und weltoffene Politik umzuwandeln.

* * *

Schrittmacher Hessen

Förderstufe - ein gelungenes Experiment

Von Hetty Schmitt-Maass

Der Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen veröffentlichte im Mai 1962 seine "Empfehlungen zum Aufbau der Förderstufe". Vorausgegangen waren der "Rahmenplan" dieses Ausschusses und der "Bremer Plan" der GEW; ersterer empfahl den Verzicht auf die Aufnahmeprüfung für die 5. Klasse weiterführender Schulen und Umgestaltung des 5. - 6. Schuljahres als Stufe der Begabungs-Förderung, -Erprobung und -Lenkung; letztere schlug den Übergang in die Realschule oder das Gymnasium nach sechsjähriger Grundschule vor. Beide Pläne setzen sich ab mit der Regelung auseinander, die Kinder nach dem vierten Grundschuljahr umzuschulen, sofern sie nicht in der Volksschule bleiben.

Nahezu alle europäischen Länder sind nach und nach davon abgegangen: In England, Frankreich, Holland, Schweden mehren sich die Versuche, nach der Grundstufe eine Zeit der Erprobung und Bewährung einzuschalten, bevor entschieden wird, welcher Bildungsweg sich für das einzelne Kind eignet.

Auch in der Bundesrepublik sind einige Länder zu Reformen übergegangen. Berlin, das sich für die sechsjährige Grundschule entschied, nimmt eine Sonderstellung ein; in Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hessen hat man längst Förderstufenähnliche Versuche eingeleitet. Wie sich die Erprobung des "Modells Förderstufe" ausgewirkt hat, darüber liegt für Hessen inzwischen ein erster Überblick des Kultusministeriums vor. Untersuchungen der Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung (Frankfurt) haben zu entsprechenden Ergebnissen geführt, so daß die Schlußfolgerungen als berechtigt und fundiert gelten können.

Die Schwierigkeiten der Auslese

Worum geht es bei der sogenannten Förderstufe - warum erscheint sie den Pädagogen so wichtig? Die entwicklungstypischen Eigenarten der zehn- bis zwölfjährigen Schüler geben der Schule schwer zu lösende Probleme auf. Die Lehrpläne müssen für Schüler der gleichen Altersstufe gelten und können kaum die individuellen Unterschiede ihrer Entwicklung berücksichtigen. Im 5. und 6. Schuljahr, unmittelbar vor Beginn der Pubertät, ist oft das Gleichgewicht der Kinder seelischen Erschütterungen ausgesetzt. Die schulischen Leistungen schwanken, die Unterschiede in der intellektuellen Leistungsfähigkeit werden krasser, und zwar nicht allein durch Anlage und Begabung, sondern ebensowenig durch Vorbildung und Anregung in Familie und Schule.

In dieser Zeit brauchen die Kinder mehr denn je die Führung der Erwachsenen; ebenso notwendig ist für sie der Kreis gleichaltriger Freunde. Sie in Gruppen, ja als Gruppe zu erziehen und zu unterrichten, entspricht deshalb dieser Altersstufe. Ihre geistigen Leistungen hängen ab von einem bedachten Wechsel zwischen Anstrengung und Erholung, von Vertrauen und Ermutigungen und Erfolgen. Überforderung in diesem Stadium kann bewirken, daß junge Menschen für ihr weiteres Leben schwer geschädigt werden. Es kommt also entscheidend darauf an, die Schule während dieser beiden Schuljahre - fünftes und sechstes - auf eine individuelle Unterrichtung der Schüler einzustellen.

Sichtbare Erfolge

In Hessen begann man schon 1955 - inzwischen wurde die "Förderstufe" in 25 Schulen versuchsweise eingeführt - in einer behutsamen Weise der Freiwilligkeit und in ständiger Beobachtung der Entwicklung mit der Umstellung. Eine statistische Erhebung vom Dezember 1963 des Hessischen Kultusministeriums in Wiesbaden bestätigte die immer sichtbarer werdenden Erfolge: Die 25 Versuchsschulen konnten durch die Förderstufe etwa zehn Prozent mehr Schüler den weiterführenden Schulen zuführen. Vor allem auf dem Lande bewies das vorläufige Ergebnis, daß zahlreiche Begabungen nur auf dem Weg über die Förderstufe in Realschulen oder Gymnasien gelenkt werden können. Bei allen Versuchen ist die Zahl der Schüler, die zu den weiterführenden Schulen gelangen, angestiegen. In einem Fall (Usingen) besuchen sogar 25 Prozent mehr Schüler die weiterführenden Schulen als in der Zeit vor der Einführung der Förderstufe.

Die Kinder werden zur selbständigen Arbeitshaltung erzogen durch die Differenzierung des Unterrichts in der Förderstufe. Neben den Kernklassen werden Niveaueurse gebildet für Rechnen, Deutsch und Englisch. Hierbei arbeiten bereits die Lehrer der weiterführenden Schulen mit. Im 7. Schuljahr der Gymnasien oder Realschulen fallen diejenigen Schüler durch überdurchschnittliche Leistungen auf, die das 5. und 6. Schuljahr der Förderstufe besuchten.

- * Die Förderstufe bringt die "richtigen" Kinder in die weiter-
- * führenden Schulen - fehlgeleitete Begabungen werden vermie-
- * gen.

Wichtig ist die Begabungslenkung. Aus der inneren Differenzierung der Förderstufe wächst in den verschiedenen Niveauekursen allmählich die äussere Differenzierung. Im Laufe der beiden Förderstufenjahre können etwa zehn Prozent der Kinder einem anspruchsvolleren Kurs zugeführt werden, als zunächst für sie vorgesehen war. Dagegen wechseln 15 Prozent der Kinder in einen weniger anspruchsvollen Kurs, in dem sie aber besser mitarbeiten können. Das heißt also, daß 25 Prozent der Kinder zu Beginn des 5. Schuljahres gelenkt werden müssen, bevor für sie eine endgültige Entscheidung für eine der weiterführenden Schulen möglich ist. Aber Fehlleitungen werden vermieden. Im 7. Schuljahr der Realschulen wie der Gymnasien blieben bisher keine Kinder sitzen, die zuvor die Förderstufe durchlaufen hatten - im Gegensatz zu den übrigen Schülern dieser Klassen, die zum Teil 20 Prozent Sitzbleiber zählen.

Zahlreiche Kinder wurden in Hessen durch die Förderstufe zur Realschule oder zum Gymnasium geführt, die wahrscheinlich in der Volksschule geblieben wären, andere Schüler wurden zum Gymnasium vorbereitet und hingelenkt, die sich wahrscheinlich für die Realschule entschieden hätten. Manche wurden auch gehindert, das Gymnasium zu besuchen, wenn sie ihrer Veranlagung nach nicht dorthin gehörten. Am Ende der Förderstufe sind die Kinder auf diejenige Schulform vorbereitet, die ihnen gemäß ist. Das war bisher in keinem der üblichen "Ausleserverfahren" möglich.

Die Eltern stimmen zu

Jeder Förderstufenversuch beginnt auf Beschluß des Schulträgers, der die Zustimmung der Eltern einholen muß. In der Regel bleibt der direkte Übergang zur Realschule oder zum Gymnasium nach der Grundschulzeit auch dann bestehen, wenn es eine Förderstufe gibt - zumindest in den Städten haben Eltern und Kinder diese Wahl. In Landgemeinden allerdings, die kein Gymnasium in der Nähe haben erleichtert die

Förderstufe den möglichen Übergang zur weiterführenden Schule.

Mittelpunktschulen, mehr noch Gesamtschulen, sind hervorragend für Förderstufenversuche geeignet. Zur Gesamtschule Kirchhain (Kreis Marburg/Lahn) kommen zur Zeit Kinder aus 25 Schulen der Nachbarschaft. In Usingen finden sich Kinder aus 36 Schulen zusammen, um die Förderstufe zu besuchen. In Havelnhausen (Odenwald) besuchen nicht nur Kinder aus 12 Schulen hessischer Gemeinden die dortige Förderstufe, sondern auch Kinder aus bayerischem Gebiet.

Alljährlich zum Zeitpunkt der Anmeldungen für die weiterführenden Schulen veröffentlicht der Philologenverband seine Angriffe gegen die Förderstufe. Die Ausleseethode bei der Aufnahme in die 5. Klasse des Gymnasiums sei ausreichend, wird auch diesmal wieder behauptet. Da in Hessen 49 Prozent der Sextaner nachweisbar zum Abitur gelangten, wird dies als positiver Schluß bewertet.

Was wird gegen die Versuche eingewendet? Es heißt, man könne nicht schwachbegabte mit hochbegabten Kindern zusammenlassen, für die zuletztgenannten wirke sich die Förderstufe dann als "Staustufe" aus. Andererseits könne man das Ausleseverfahren nicht verantwortlich dafür machen, daß nicht alle begabten Kinder in weiterführende Schulen gelangten, "solange die Eltern die Freiheit haben, ihre Kinder auf der Volksschule zu lassen". Ausserdem: daß die Förderstufe Begabungsreserven ausfindig mache, sei nicht nachweisbar. Nur für einen kleinen Teil der Schüler sei der Übergang nach dem 5./6. Schuljahr notwendig, und für diese lohne sich der Aufwand einer "Förderstufe" nicht.

Um der Objektivität willen seien diese Argumente hier genannt - sie zu widerlegen dürfte sich erübrigen nach allem, was zuvor berichtet worden ist.

+ + +

Dickes Fell

Krüger und Allardt

sp - Die Tatsache, daß Vertriebenenminister Krüger gehen müßte, weil seine politische Vergangenheit ihn nicht als geeignet für die Repräsentanz unseres demokratischen Staates ausweist, läßt auf ein großes Versagen der für die Auswahl dieses Mannes Verantwortlichen schließen. Daß der gewesene Minister selbst - ebenso wie einer seiner Vorgänger - niemals auf die Idee gekommen zu sein scheint, dem ihm angetragenen Posten nicht annehmen zu dürfen, gibt uns einen Begriff davon, wie es in den Köpfen solcher Männer aussehen mag.

Ähnlich mag es im Kopf des deutschen Botschafters in Madrid, Allardt, aussehen, der "nichts dabei fand", einem Vortrag des Mitzerstörers der ersten deutschen Demokratie, Franz von Papen, beizuwohnen und noch dazu still zu bleiben, als Papen seinen spanischen Zuhörern verkündete, in der Bundesrepublik herrsche der "Geist der Zersetzung".

Herr Allardt hat einen "Rüffel" bekommen. Ob das genügt, wagen wir zu bezweifeln, denn solche Leute merken erst dann, daß sie fehl am Platze sind, wenn man sie vor die Tür setzt. Sie haben nämlich ein dickes Fell.

+ + +

ALEXIS KYROU

Der neue griechische Botschafter in Bonn

sp - Am 6. Februar wird Alexis Kyrrou, der neue griechische Botschafter in Bonn, Bundespräsident Lübke sein Beglaubigungsschreiben überreichen. Damit beginnt ein neues Kapitel in der Geschichte der freundschaftlichen deutsch-griechischen Beziehungen.

Schon Anfang Dezember des vergangenen Jahres hatte die neue griechische Regierung unter Papandreou Kyrrou für diesen Posten nominiert und in Bonn um die Genehmigung zur Akkreditierung nachgesucht, die sofort erteilt wurde. Die Wahl Kyrrous zum neuen Botschafter läßt erkennen, welche Bedeutung man in Athen den Beziehungen zur Bundesrepublik beimißt. Kyrrou gilt als einer der renommiertesten Diplomaten Griechenlands.

Alexis Kyrrou beherrscht die deutsche Sprache und kennt Deutschland aus der Zeit vor dem Kriege, als er in der Botschaft in Berlin tätig war. Im Kriege gehörte er der Widerstandsbewegung an, befürwortete aber sofort nach dem Kriege freundschaftliche Beziehungen zu dem neuen demokratischen Deutschland. In Bonn hat man nicht vergessen, daß Papandreou damals schon an der Spitze der griechischen Regierung stand.

Nach dem Kriege war Alexis Kyrrou Botschafter bei den Vereinten Nationen und Generaldirektor des griechischen Auswärtigen Amtes. Er genießt einen guten Ruf als Publizist und ist mit einigen Werken zu Problemen der griechischen Außenpolitik an die Öffentlichkeit getreten.

Der neue Botschafter kommt zur richtigen Stunde nach Deutschland, wo man seinem Land nicht nur wegen seiner klassischen Vergangenheit, sondern auch in Bezug auf seine Gegenwart große Sympathien entgegenbringt. Es ist kein Geheimnis, daß Kyrrous Vorgänger nicht von allen Seiten - insbesondere nicht von seinen hier lebenden Landsleuten - Zustimmung erhielt, da er - so meinte man - nicht sein Land, sondern die Regierungspartei vertreten zu müssen glaubte. Kyrrou ist als Berufsdiplomat nicht abhängig von politischen Änderungen. Er ist überzeugter Demokrat und wünscht ein gutes Einvernehmen zwischen der Bundesrepublik und Griechenland.